

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 430 11. März 2009

15. Jahrgang

Bildung allein ist noch kein Garant für Entwicklung

Je nach Kontext kann Bildung zur Befreiung beitragen, viel häufiger jedoch dient sie als Unterdrückungsinstrument im Dienste der Herrschenden. Wie kann ihr befreiendes Potential gefördert werden? Ist dies überhaupt möglich? Die Nachrichtenagentur Argenpress befragte dazu einen Kenner der Materie, den Guatemalteken Carlos Aldana Mendoza (nicht zu verwechseln mit seinem Namensvetter Carlos Aldana Villanueva, dem ehemaligen Verteidigungsminister). Ersterer ist Primarlehrer mit Studium in Pädagogik und Erziehungswissenschaften. Er war Berater der UNESCO in Bildungsfragen und Vizeminister im Erziehungsministerium der Regierung von Alvaro Colom, bis er vor kurzem von diesem Posten zurücktrat. Seit 25 Jahren Dozent an der Universität und gleichzeitig der "educación popular" verpflichtet, verfügt er über ein breites Erfahrungsspektrum.

Argenpress: Es heisst, Bildung sei der Schlüssel für Entwicklung, der Motor des Fortschritts. Gerne wird der "gebildete" Norden, wo immer mehr Menschen Zugang zur formellen und auch zur höheren Bildung geniessen, mit dem "armen" Süden und seiner noch immer hohen AnalphabetInnenrate verglichen.

Ist wirklich die Bildung ausschlaggebend für den unterschiedlichen Entwicklungsstand von Nord und Süd?

Carlos Aldana: Das ist ein grosser Mythos. Anstatt dass Bildung der Motor der Entwicklung wäre, ist umgekehrt Entwicklung der Schlüssel zur Bildung. Entwicklung verändert die ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Bedingungen in einem Land. Dies erlaubt auch eine Entwicklung des Bildungssystems, verbessert den Zugang zu und die Qualität von Bildungsangeboten.

Während früher unsere lateinamerikanischen Regierungen zum Thema Bildung geflissentlich geschwiegen haben, führen sie seit neustem einen Diskurs über die Wichtigkeit von wissenschaftlichen Untersuchungen und Akademikerzentren und präsentieren in den Medien ihre Investitionen in Bildungsprojekte und -programme. Es ist symptomatisch, dass die wirtschaftlich Mächtigen plötzlich diesen Diskurswechsel vollziehen und uns weismachen wollen, dass Bildung wichtig für die Entwicklung sei - derweil sie die Verursacher unserer historischen Unterentwicklung sind. Von unseren unterentwickelten Ländern zu sagen, dass der Analphabetismus Schuld an unserer Situation sei, finde ich eine Frechheit gegenüber der Intelligenz unserer Gesellschaft.

Es ist umgekehrt: Genau wegen dieser von den hegemonialen Mächten verantworteten historischen Unterentwicklung, genau wegen dieser diskriminierenden und elitären Gesellschaft haben wir diese Massen an AnalphabetInnen. Und nun heisst es, wenn wir die Bevölkerung besser ausbilden, haben wir sofort mehr Entwicklung im Land. Doch weshalb investiert man nicht in die Schaffung von Arbeitsplätzen, in eine ökonomische Entwicklung für alle, die allen die Möglichkeit gibt, ihren Horizont zu erweitern?

Dieser neue Mythos von der Bildung als Motor für Entwicklung wird auch von den internationalen Organisationen

übernommen. Erinnern wir an Paulo Freire, der sagte, "die Bildung ist nicht das Sprungbrett in die Entwicklung, aber ohne Entwicklung gibt es auch keine Bildung".

Ich zweifle nicht daran, dass die Bildung nicht wichtig ist für Entwicklung, aber sie allein ist noch kein Garant dafür. Es ist ein weit komplexerer Prozess, bei dem alles zusammenfliesst: ökonomisches Wachstum, bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung und eben Bildung.

Um die Situation von Guatemala zu verstehen, sowohl was die Bildung, aber generell die soziale Lage betrifft, müssen wir nicht so sehr von der Armut sprechen, sondern vielmehr von der Verarmung. Die "Option der Armen" ist in Wirklichkeit eine "Option der Verarmenden". Damit meine ich nicht einfach nur die arme Bevölkerung an sich, sondern die wirtschaftlichen und soziopolitischen Strukturen, die zur Verarmung der Menschen führen, ihnen kein Wachstum erlauben. Die Bildung, die diesen marginalisierten Sektoren zugänglich ist, ist keine befreiende Bildung, sondern bestätigt ihren Status als Ausgeschlossene.

Argenpress: Grosse Pädagogen wie der Venezolaner Simón Rodríguez oder der Brasilianer Paulo Freire sprechen von einer "Pädagogik der Befreiung". Aber wenn wir die tägliche Realität im Bildungsbereich sehen, sei dies auf Primar-, Sekundar- oder Universitätsstufe, scheint Bildung eher zu unterdrücken denn zu befreien.

Sie haben einmal gesagt, dass die Schule zerstörend und nicht bildend wirke. Wie muss man das verstehen?

Carlos Aldana: Die traditionelle Schule entstammt einem Bildungssystem, das den herrschenden Gruppen entspricht und sehr rigide ist. Es geht darum, die arbeitenden Massen im Hinblick auf ein Wirtschaftsprojekt hin zu erziehen, ihnen die Ideologie der Mächtigen einzutrichtern und sie in dem Glauben zu lassen, dass es keine anderen Möglichkeiten als die hier und jetzt existierenden gibt. In diesem Sinn ist die Aufgabe der Schule, Handlanger auszubilden und die Menschen dahingehend zu erziehen, dass sie glücklich sind, Handlanger unter den gegebenen Be-

dingungen zu sein. Dies ist keine Entwicklung, dies ist Zerstörung des Menschen. Es verhindert die Kritikfähigkeit des Menschen und erzieht zur Passivität.

Es ist wichtig und richtig, für den Zugang zur Schulbildung zu kämpfen. Aber viel wichtiger als das Recht auf den Zugang ist das Recht auf die Qualität der Bildung. Welche Bildung bekomme ich? - das ist die Frage. Die internationalen Organisationen die Bildung propagieren, diskutieren nicht über die Qualität, sie interessieren sich bloss für die Statistik - wie viele Kinder wurden eingeschult, wie viele Schulen wurden gebaut? - aber es geht ihnen nicht um die Art und Weise der Bildung, die da vermittelt wird. Die Kreativität, die Spontaneität, die Freiheit, all dies wird durch die traditionelle Schule zerstört.

Ebenso werden die Fähigkeit zum Dissens und der gesunde und produktive Widerspruch zerstört. Was zeichnet eineN guteN SchülerIn aus? Er oder sie muss gehorsam, ruhig, gut erzogen, schweigsam sein und sich mit niemandem anlegen. Dieses Verhalten zieht sich dann ein Leben lang durch und bildet sich selbst im Schulsystem ab: Es gibt Lehrer und Lehrerinnen, die nicht in der Lage sind, andere Meinungen oder eine Kritik zu akzeptieren.

So funktioniert das ganze Schulsystem: wir werden zerstört, damit wir nicht selbständig denken. In einem Kontext wie dem unsrigen, die wir seit Jahrhunderten unterdrückt und zum Schweigen erzogen worden sind, passt eine solche Schule bestens ins System. Deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, ein anderes Verständnis von Bildung und andere Arten von Schulen zu entwickeln.

Argenpress: Diese zerstörerischen Schulen, die im Dienste der herrschenden Klassen stehen, kennen wir hier im Süden. Gibt es sie auch im Norden?

Carlos Aldana: Natürlich. Und deshalb müssen wir alle, die wir uns für die Bildung interessieren, unseren Fokus weg von der formellen Bildung lenken, wenn wir noch die Hoffnung aufrechterhalten wollen, dass durch Bildung die Welt verändert werden könne. Wir müssen unsere Vision von Bildung "entformalisieren".

Wenn die internationalen Organisationen von Bildung sprechen, denken sie an die formelle Bildung. Wenn sie an AusbilderInnen denken, meinen sie automatisch einen Lehrer oder eine Lehrerin in einem Schulzimmer. Dabei gibt es in Lateinamerika verschiedene wunderbare und tiefgründige Beispiele von Bildung, die überall stattfindet: auf der Strasse, auf dem Feld, in den Gewerkschaften, bei der Jugend, in den Volksorganisationen. All diesen Erfahrungen muss mehr Gewicht beigemessen werden.

Gerade wir AkademikerInnen haben hier eine grosse Verantwortung, räumen wir doch der "educación popular" viel zu wenig Platz ein, sei es im Studium, aber auch in der Praxis. Insofern sind wir Teil des herrschenden Systems.

Argenpress: Welche Bildung ist wichtiger, die formelle oder die informelle? Heute spielen die Massenmedien genauso eine wichtige oder gar eine noch wichtigere Rolle als die klassische Schule z.B. bei der staatsbürgerlichen Bildung, bei der Entwicklung von Werten und Denkweisen. Wo bleibt in diesem Setting die "educación popular" von damals? Wo müsste ein progressiver Bildungsansatz einsetzen?

Carlos Aldana: Es scheint, dass heute für die Entstehung von Werten und Ideologien die informelle Bildung einen immer grösseren Stellenwert erhält. Die formelle Bildung ist wichtig, um sich als BürgerIn zu bewähren, um sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, während die informelle Bildung hilft, den Alltag zu verstehen. Ihre Wirkung ist grösser, aber sie ist im Gegensatz zur formellen Bildung nicht zertifiziert.

Was aber stimmt, ist, dass für die Entwicklung von Werten und Zugehörigkeit die Medien eine wichtigere Rolle spielen als die traditionelle Schule. Die grosse Mehrheit der Lehrpersonen konnte mit dem Rhythmus des technologischen Wandels nicht mithalten, wie es die informelle Bildung (z.B. der Medien) erfordert. Deshalb erzielt die formelle Bildung auch nicht dieselbe Wirkung und hat keinen längerfristigen Einfluss auf die SchülerInnen und Studierenden.

Die traditionelle Schule ist auch nicht in der Lage, ein kritisches Verhältnis zu sich selber zu entwickeln und daraus neue, befreiende Vorschläge zu kreieren. Deshalb fehlt es vielen Lehrpersonen sowie den Autoritäten des Bildungswesens am Engagement für die Sache der Bildung, sie verfallen in Konformismus, in eine nicht progressive, klassische und traditionelle Sicht der Dinge. In diesem Sinne könnte man von einem politischen Analphabetismus sprechen.

Deshalb könnte die "educación popular", die in Lateinamerika in den 60er und 70er Jahren eine wichtige Alternative zur formellen Bildung darstellte, eine neue Form der Pädagogik und ein neuer sozio-politischer Ansatz war, auch heute eine Chance nicht bloss für die Campesinos und Indígenas, sondern auch für die Ausbildung der DozentInnen sein. Dies ist eine der grossen Herausforderungen: Wie können wir den PädagogikstudentInnen, den zukünftigen LehrerInnen, die Werte der "educación popular" näherbringen, die durchaus mit den wissenschaftlichen Paradigmen zu vereinbaren sind. Es ist sogar sehr wichtig, Ansätze des holistischen (ganzheit-

lichen) Lernens oder der "biomolekularen Revolution" (Gentechnologie) mit der "educación popular" zu verbinden. "Educación popular" ist nicht bloss eine Methode, es ist die politische Vision einer Pädagogik, deren Ziel die Schaffung eines Bewusstseins für soziale Veränderungen in den Menschen ist.

Dabei verschiedene Welten miteinander zu verbinden, ist eine wunderbare und verheissungsvolle Chance für die akademische Welt. Dies zu tun, versuche ich in meiner täglichen Praxis.

Argenpress: Wie sollen wir aus der Sicht der "educación popular" dem Ansturm der audiovisuellen Medien (Fernsehen, Internet, Videospielen) begegnen, die heute nicht mehr wegzudenken sind und selbst die formelle Schule zu verdrängen drohen?

Carlos Aldana: Die Jugendlichen von heute wachsen in einem soziovirtuellen Raum auf. Ihr Umfeld, ihr Referenzrahmen, ihr Leben ist geprägt von natürlichen Elementen, von kulturellen Faktoren und von virtuellen Elementen. Bis vor wenigen Jahren beeinflussten auch uns vor allem noch die ersten beiden Punkte unser Leben: Man beschäftigte sich mit der Natur und der Kultur, die beide von der Gesellschaft, in der man lebte, geprägt waren. Nun ist das Virtuelle dazugekommen, und man muss dies sehr ernst nehmen. Das Virtuelle existiert und wird weiterexistieren und sich weiterentwickeln, sowohl quantitativ wie qualitativ.

Eine alternative Pädagogik muss sich heute mit diesen Veränderungen auseinandersetzen. Man muss sie kennen, um ihre möglichen schädlichen oder kreativen Einflüsse zu beurteilen. Wir können es uns nicht leisten, diese Veränderungen zu ignorieren. Aber wir müssen uns auch bewusst sein, dass alle Virtualität der Welt die historischen Probleme nicht einfach auslöschen. Es wird weiterhin Armut, Ungerechtigkeit, Marginalisierung und Rassismus geben. Wir dürfen uns nicht verblenden lassen von dem Virtuellen, aber wir müssen wissen, wie auch wir es nutzen und aus ihm Vorteile ziehen können.

Argenpress: Mit den Privatisierungen im Rahmen der neoliberalen Politik des Kapitalismus der letzten Jahre ist auf der ganzen Welt die Bildung zur Handelsware verkommen und der *service publique* wurde immer mehr zurückgedrängt. Wie kann dem begegnet werden?

Carlos Aldana: Das Informelle kann nicht privatisiert werden. Man wird die organisatorischen Kapazitäten der Volksbewegung nicht privatisieren können, deshalb ist es auch wichtig, mit diesen Sektoren weiter zu arbeiten. Es gibt

Leute, die sagen, dass die "educación popular" heute keinen Sinn mehr macht. Ich glaube, sie macht mehr Sinn denn je.

Wir haben heute eine gewaltige Krise im Finanzsystem, was wir seitens der "educación popular" ausnützen müssen. Wir befinden uns in einer strukturellen Krise. Ich will damit nicht sagen, dass die Welt vor dem Untergang steht, aber wir befinden uns in einer tiefen Krise, die uns vielleicht die Chance für die Entwicklung neuer Modelle bietet. Es ist eine Chance, die kritische De-

batte über die Privatisierungen wieder neu aufzunehmen. Der Höhepunkt der Privatisierungen ist vorbei, denn die Krise diktiert andere Prioritäten. Ob die Privatisierungsideologie aufgeschoben oder aufgehoben ist, wage ich nicht vorzusagen. Viel ist in den letzten Jahren im Bildungsbereich privatisiert worden, aber es gibt noch einen Rest, der verschont blieb, und den gilt es nun zu verteidigen.

In Guatemala existieren unglaubliche Daten: Im Vorschul- und im Sekund-

arbereich ist die Zahl der privatisierten Angebote immens. Im Sekundarbereich zum Beispiel besuchen 77% der SchülerInnen eine Privatschule. Das ist eine gefährliche Tendenz: Die "besten" Jahre ihrer Jugend in der Zeit, wo sie ihre Werte, ihre Ideologien und ihr Weltbild entwickeln, befinden sich diese Jugendlichen in privaten Institutionen, die jede auf ihre Weise politischen oder ideologischen Interessen gehorchen. Diese Entwicklung muss rückgängig gemacht werden.

Bildungsqualität - Privatsache?

Guatemala, 21. Jan. Die traditionelle Lehrmethode des Auswendiglernens soll mittelfristig aus den Schulen verschwinden, kündigte zu Beginn des Schuljahres die Vizebildungsministerin María Luisa Flores de Molina an. Stattdessen wird jetzt in einem Pilotprojekt die Methode des Forschens eingeführt, zunächst in zwei öffentlichen Schulen und neun privaten Colleges; 30 Lehrkräfte werden eine entsprechende Weiterbildung durchlaufen.

Laut María del Carmen Samayoa, der Präsidentin der *Guatemaltekischen Akademie für medizinische, physische und Naturwissenschaften* sollen die SchülerInnen in Zukunft einen Schulunterricht erhalten, der vor allem an Experimenten orientiert ist. Mittels des Bildungsministeriums (MINEDUC) wurden die Versuchsschulen ausgewählt sowie das Material, das für den Unterricht genutzt wird, durchgesehen, um es an das grundlegende landesweite Curriculum

anzupassen. Das *Nationale Sekretariat für Wissenschaft und Technologie* (SENACYT) wird die ausgewählten LehrerInnen unterstützen, damit sie von Erfahrungen lernen können, die in anderen Ländern mit der Forschungsmethode gesammelt wurden.

Die Wissenschaftsakademie wird die interne wie externe Mobilisierung der Beteiligten finanzieren, den Aufenthalt der mexikanischen Fortbildenden, die Übergabe der Lehrmaterialien ans MINEDUC und die Koordination mit der *Generaldirektion für Bildungsqualität*.

Im Juni soll das Pilotprojekt starten.

Angesichts der tatsächlichen Schwäche der Bildungsqualität und der überholten Lehrmethoden erscheint die Initiative auf den ersten Blick als dringend nötig und äusserst sinnvoll. Interessant ist es, auf diese Weise von der

Existenz von Instanzen und Institutionen zu erfahren, die sich zumindest laut Namen der Qualität und Förderung von Bildung und Wissenschaft im Lande annehmen, und von denen bislang kaum zu hören - und noch weniger zu bemerken - war.

Nichtsdestotrotz bleiben einige grundlegende Fragen offen: Unter anderem die nach der Finanzierung beispielsweise der Wissenschaftsakademie, die nach den Kriterien der Auswahl von Schulen und Lehrkräften und schliesslich die nach der Transparenz von Liefer- und Lobbyverträgen und -interessen. Ist es doch auffällig, dass vier von fünf der Pilotschulen private Einrichtungen sind. Und bekannt ist zudem die neoliberale Politik des Bildungsministeriums. Die bestehende Tendenz zu einer Zweiklassenschulbildung läuft Gefahr, sich krass zu verschärfen.

Versuch einer Pünktlichkeitslektion

Guatemala, 06. März. Am letzten Donnerstag suspendierte der Kongresspräsident Roberto Alejos kurzentschlossen die Plenarsitzung, die für 9 Uhr angesetzt war, nachdem 40 Minuten später nur 27 von den insgesamt 158 Abgeordneten im Saal waren. Die, die später kamen, fanden noch nicht einmal die Angestellten vor, die für die Anwesenheitskontrolle zuständig sind. Die Reaktionen waren geteilt, die einen applaudierten, die anderen kritisierten.

"Wir sind schon darum gebeten worden, pünktlich zu erscheinen, aber die, die am meisten daran interessiert sein sollten, damit die Gesetzesverabschiedung vorangeht - die Leute von der Regierungspartei - kommen auch später. Es ist schon zur Gewohnheit geworden, dass die Sitzungen nach 11 beginnen", erklärt Roxana Baldetti, Fraktionschefin der *Patriotischen Partei*.

"Hoffentlich werden wir ab jetzt pünktlich sein. Wir kommen immer spä-

ter, weil wir eben wissen, dass die Sitzungen nie zur angesetzten Zeit beginnen, aber wenn der Vorstand mit gutem Beispiel vorangeht, werden auch wir früh dasein", versichert Luis Contreras, Chef der *Fraktion Guatemala* beim Vorfinden des leeren Saales.

Efraín Ríos Montt, Abgeordneter der *Republikanischen Front Guatemala*, der selbst 20 Jahre dem Kongress vorsass, verwies derweil aufs Kleingedruckte: Die Entscheidung sei nicht angemessen gewesen, denn es habe kein Minimalquorum gegeben. Es hätten 40 Abgeordnete dasein müssen, um eine Sitzung eröffnen und dann auch wieder schliessen zu können, wären aus ihnen nicht 80 geworden.

Angesichts dieses "technischen Fehlers", den auch Alejos anerkennt, muss er seinen Plan einer administrativen Massnahme kippen, das Gehalt für diesen "Sitzungstag" den Abgeordneten zu streichen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

E-Mail-Abo: 50.-

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Militärpläne sind plötzlich verschwunden

Guatemala, 07. März. "Es wurde noch nie öffentlich gesagt, aber ich bin mir sicher, dass Sie und die Familien, für die Sie stehen, wissen, was passiert ist (...) In Guatemala ist ein Völkermord verübt worden." Das waren die Worte von Präsident Álvaro Colom anlässlich der Gedenkfeier für den 10. Jahrestag der Präsentation des Berichts der Wahrheitskommission CEH. (¡Fijáte! 429) Auch wenn einige Präsidenten bereits um Verzeihung für die während des internen bewaffneten Konflikts vom Staat begangenen Verbrechen gebeten hatten, gehen, so *inforpress centroamericana*, Coloms Worte doch in die Geschichte ein als erste offizielle Anerkennung des Genozids.

Da die CEH damals keine Namen nennen durfte, beantragte sie zumindest, die Verantwortlichen für die Verbrechen vor Gericht zu bringen. So begann die Vereinigung für Justiz und Versöhnung (AJR) zwischen 2000 und 2001 zwei Strafprozesse gegen die ehemaligen Staatsschefs Romeo Lucas García (1978-82, 2006 verstorben) und Efraín Ríos Montt (1982-83) sowie deren jeweilige Militärspitzen und klagte sie unter anderem des Genozids an. Um ihre Klage zu belegen, präsentierte die AJR die Fälle von 16 Massakern, in denen 620 Personen ermordet worden waren, doch bislang fehlte noch die Beweisführung einer Verbindung zwischen den Taten und den Angeklagten.

Zu diesem Zweck und im Fall von Ríos Montt beantragten die AJR und die Staatsanwaltschaft die Herausgabe von vier Militärdokumenten: den *Plan Victoria*, den *Plan Sofía*, den *Plan Operation Ixil* und den *Plan Firmeza 83*. Diese vier Pläne beinhalten mutmasslich strategische Informationen über die Militäroperationen in den Jahren 1978 bis 83. Die Anwälte von Ríos Montt argumentierten, dass diese Pläne dem Militärgeheimnis unterständen, doch nach einem langwierigen Berufungsprozess entschied das Verfassungsgericht im März 2008, dass dies nicht der Fall sei und forderte das Verteidigungsministerium zur Übergabe auf.

Angesichts der hohen Erwartungen vor allem seitens Menschenrechtsorganisationen an die Archive, wies der Soziologe Duncan Talomé, Autor der Studie "Militäroperationen in der Ixil-Zone" darauf hin, dass nicht unbedingt alles, was an Kriegsgräueln begangen wurde, in den Plänen wiederzufinden sei und andersherum nicht alles, was die Pläne vorsahen, auch tatsächlich realisiert wurde. Dennoch insistiert der Anwalt Juan Francisco Soto vom Menschenrechtszentrum CALDH, das als Nebenklägerin auftritt, dass die Staatsanwaltschaft auf jeden Fall die Pläne untersuchen und die Verbindung zu den begangenen Taten ziehen müsse. "Wir glauben nicht, dass das Auslösen der

Dörfer eine spontane Aktion war. Wenn man sich die Operationen genauer ansieht, erkennt man ein Muster im Vorgehen, das sich immer wiederholt. Das muss geplant worden sein."

Präsident Colom sekundierte die Übergabe-Aufforderung durch die Gerichtsinstanzen im Februar letzten Jahres mit seiner Ankündigung, die Militärarchive generell zu öffnen und ähnlich den Archiven der Nationalpolizei zur Klassifikation freizugeben. Sich dieser Anweisung zu widersetzen kostete Anfang des Jahres den Verteidigungsminister seinen Posten. (¡Fijáte! 426) Doch der militärische Widerstand ist ungebrochen.

Im Februar urteilte das Verfassungsgericht erneut zu Gunsten der Herausgabe der vier Militärpläne und setzte das Ultimatum just auf den CEH-Gedenktag. So erschien Verteidigungsminister Abraham Valenzuela am 25. Februar vor der ersten Gerichtsinstanz und erlaubte dem Diensthabenden Richter Einblick in die Pläne *Victoria* und *Firmeza 83*. Die anderen beiden Pläne seien "verschwunden". Zur Empörung der klagenden AJR und CALDH, waren sie über diesen Termin nicht informiert worden. Zudem habe der Richter nicht, wie vorher angeordnet, beglaubigte Kopien von den Dokumenten einbehalten, die den klagenden Parteien übergeben werden sollten, sondern schickte den Verteidigungsminister samt seiner Pläne wieder zurück ins Ministerium, ohne dem Fehlen der anderen zwei Pläne nachzugehen. Doch just in diesen beiden, so behaupten die KlägerInnen, würde unter anderem General Ríos Montt direkt mit den Taten in Verbindung gebracht. Stattdessen setzte der Richter einen neuen Termin fest, an dem die vorgelegten Dokumente auf ihre rechtmässige Veröffentlichbarkeit hin untersucht werden sollten - obwohl das Verfassungsgericht diese längst bestätigt hat.

Widersprüchlich erscheinen Aussagen und Tatbestände: Der im letzten Jahr der Regierung von Ex-Präsident Oscar Berger amtierende Verteidigungsminister Cecilio Leiva hatte immer von vier existierenden Plänen gesprochen. Auch im von AJR initiierten Prozesses ging es stets um vier Pläne. Jetzt sollen, so der aktuelle Minister des Ressorts, unter Leiva zwei von den vier Dokumenten vernichtet worden sein. Selbst Präsident Colom ist von dem Verschwinden nicht ganz überzeugt, schliesslich hätten sie seit längerer Zeit unter besonderem Schutz gestanden.

Nun wurde dem Richter, Jorge Mario Valenzuela ein Ultimatum gesetzt: Innerhalb von 48 Stunden habe er zu erklären, was er unternommen habe, um die fehlenden Dokumente aufzutreiben. Ausserdem, so Richter Napoleón Gutiérrez vom Berufungsgericht, habe Valenzuela gar nichts in Frage zu stellen,

schliesslich sei von höherer Instanz samt Verfassungsgericht entschieden, dass die Dokumente nicht unter das Militärgeheimnis fallen und zudem eindeutig in dem Prozess gegen die Militärs verwendet werden können.

Präsident Colom kündigte bereits eine präsidiale Kommission an, die unter Leitung des Generalinspektors der Armee, Aníbal Flores España, dafür zuständig sein soll, innerhalb von 10 Monaten die Militärarchive aus dem Zeitraum zwischen 1954 und 1996 zu klassifizieren, wobei noch gar nicht bekannt wurde, dass diese Archive offiziell auch überreicht wurden. Derweil informierte auch Verteidigungsminister Valenzuela, eine aus Militärs bestehende Gruppe ausgesendet zu haben, die verloren geglaubten Pläne *Sofía* und *Ixil* zu suchen. Aus der Zivilgesellschaft tönt derweil Kritik, dass dies doch sinnvollerweise Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei, das Militär nicht gleichzeitig Partei als auch Richter, sprich, verantwortlich für die Sicherung der wahrscheinlich durch die eigenen Reihen selbst verschwunden gelassenen Dokumente sein könne.

Unterdessen gerieten zwei prominente mutmassliche Protagonisten der Pläne ins Rampenlicht. General Ríos Montt behauptet, er wüsste, wenn überhaupt, nur vom *Plan Victoria 82*, doch bestritt er, diesen gebilligt zu haben. General Otto Pérez Molina, der in den 80er Jahren noch in unteren, aber kommandierenden Militärchargen in der Region Ixil stationiert war, wo der Grossteil der Massaker stattgefunden hat, bestätigt indes, die Pläne *Victoria* und *Firmeza 83* - die beiden herausgegebenen - gekannt zu haben. Vom *Plan Sofía* habe er gehört, wüsste aber nicht, ob es ihn tatsächlich gebe.

Die *Stiftung Rigoberta Menchú* und die unabhängige Abgeordnete Otilia Lux de Cotí sind derweil davon überzeugt, dass Pérez Molina für das Verschwinden der Dokumente gesorgt hat. So behauptet Eduardo de León, Rechtsberater der Stiftung, Pérez' Beteiligung in der Operation Ixil sei so immens gewesen, dass er, als die geplante Veröffentlichung bekannt wurde, im Kongress alles daran setzte, um diese zu verhindern. Dafür, so de León, habe er - im Gegenzug zur Zustimmung zu den Haushaltsreformen (¡Fijáte! 429) - die Übertragung von 150 Mio. Quetzales ans Militär durchgesetzt, um dieses günstig zu stimmen. Pérez hingegen kontert auf diese Anschuldigung, sie würde gegen ihn erhoben, weil die *Patriotische Partei* eine so starke Opposition bilde, und forderte Beweise.

Dreissig zivilgesellschaftliche Organisationen reichten derweil Klage gegen den Verteidigungsminister Abraham Valenzuela ein und beschuldigen ihn des Ungehorsams, Selbstbegünstigung und Geheimhaltung von Dokumenten.

Gar nicht so geheime Pläne

Inforpress centroamericana wies auf etwas hin, was in der heissen Diskussion der letzten Woche offenbar untergegangen war: Wahrscheinlich seien die zur Debatte stehenden Pläne - *Sofia* und *Operation Ixil*, zumindest zum Teil, bereits bekannt. So erinnert *inforpress* daran, dass im März 2007 die Tageszeitung *Prensa Libre* darüber berichtete, dass die damalige Leiterin der Menschenrechtsabteilung der Staatsanwaltschaft, Delia Dávila, eine Kopie des *Plan Sofia* erhalten hatte. Die Zeitung, die Zugang zu Teilen des Planes hatte, behauptete, dass "*Sofia*, zusammen mit den Aussagen der ZeugInnen, die hohen Ränge des Militärs und seinen Chefkommandanten Efraín Ríos Montt in Verbindung setzt mit den Massakern, die vor allem im westlichen Hochland des Landes zwischen 1982 und 83 verübt wurden." (¡Fijáte! 382). Doch da Dávila die Echtheit der Dokumente nicht belegen konnte, sah sie von einer Vorladung von Ríos Montt und seiner Militärführungsspitze ab. Aus diesem Grund hatte der zuständige Richter dem damaligen Verteidigungsminister Cecilio Leiva geheissen, das Original des *Plan Sofia* vorzulegen.

Im Fall des Plans *Operation Ixil*, so *inforpress*, sei auch dessen grundlegender Inhalt bereits ans Licht gekommen. Auch wenn der damals Befehlshabende Militärchef in der Ixilregion, General Otto Pérez Molina diese Woche behauptete, von diesem Plan nichts zu wissen, sei es gesichert, dass die in ihm ausgeführten Ziele in der September-Ausgabe 1982 dem Militärorgan *Revista Militar* veröffentlicht wurden. Jennifer Schirmer habe dies in ihrem Buch "*Das guatemalteckische Militärprojekt*" bestätigt und berichtet, dass der *Ixil*-Plan vom Marineadmiral Juan Cifuentes dem Chef des Generalstabs der Verteidigung und Präsidenten, Benedicto Lucas García im Mai 1981 präsentiert worden war. Gemäss der Dokumentation von Schirmer, sei der *Plan Ixil* als eine neue Militärstrategie aufgefasst worden, in der die so genannten *Kompanien für zivile Angelegenheiten* (AC) eine wichtige Rolle in der Eliminierung der Guerilla spielten. Eine AC bestanden aus zwei Soldaten, die aus der Region stammten, die lokale Sprache beherrschten und ein Training in psychologischer Kriegstaktik und Propaganda erhalten hatten. Ihre Funktion war klar: Sie sollten die gleiche Arbeit machen, wie es die Guerilla getan hatte, um eine soziale Basis zu schaffen und die Bevölkerung der Ixilregion zu befrieden.

Aufklärung im PARLACEN-Mord?

Guatemala, 03. März. Der in Guatemala vor gut zwei Jahren verübte Mord an drei salvadorianischen Abgeordneten des *Zentralamerikanischen Parlaments* (PARLACEN) und ihres Chauffeurs ist offenbar zurückzuführen auf Differenzen zwischen Mitgliedern der damaligen salvadorianischen Regierungspartei *Nationalistische Republikanische Allianz* (ARENA) und einem Abgeordneten der *Partei der Nationalen Koalition* (PCN), so die Tageszeitung *La Prensa Gráfica* in El Salvador.

Demgemäss habe Roberto Carlos Silva Pereira von der PCN seinen langjährigen Freund und Drogengeschäftspartner, den inzwischen ehemaligen guatemalteckischen Abgeordneten Manuel Castillo, beauftragt, in seinem Namen Rache an Eduardo D'Aubuisson, einem der vier schliesslich Getöteten, zu üben. Dieser, D'Aubuisson, hatte ihm, Silva, ein Strafverfahren angehängt.

Silva weilt indes in den USA, und zwar in Haft, da er ohne Dokumente ins Land eingereist ist. Die USA verweigerten bislang jedoch noch die Auslieferung von Silva an Guatemala, sondern wollen ihn nach El Salvador schicken. Dort wurden Silvas Ehefrau Emily Parada und Ex-ARENA-Mitglied Mario Osorio derweil wegen Korruption verurteilt.

Zur Ausführung des Auftrags von Silva bestellte Manuel Castillo unter anderem Carlos Alberto Gutiérrez Arévalo, alias "Montaña 3" - den "3. Berg" -, der die Tat gemeinsam mit der mutmasslichen Drogenbande von Jalpatagua, Jutiapa, und einer Gruppe von guatemal-

tekischen Polizisten vollzog.

Castillos Fall, so entschied eine Gerichtsinstanz, wird nun zusammengelegt mit dem Prozess gegen weitere acht Angeklagte, die ebenfalls an der Tat beteiligt gewesen sein sollen, darunter auch Carlos Gutiérrez und die beiden relativ bald nach dem Verbrechen festgenommenen Polizisten Marvin Contreras und Carlos Orellana Aroche. Castillos Verteidiger will gegen diese Entscheidung Einspruch erheben.

Derweil wird auch wieder die Diskussion laut um den direkt nach den beiden Verbrechen gezogenen Zusammenhang des PARLACEN-Mordes mit dem Mord an den wegen dieser vier Morde inhaftierten vier Polizisten innerhalb von 72 Stunden im Gefängnis El Boquerón. Auf Geheiss des damaligen Generalstaatsanwalts Juan Florido waren die beiden Fälle von zwei verschiedenen Staatsanwälten übernommen worden, die im Laufe ihrer Ermittlungen nicht ob eines möglichen Zusammenhangs der Fälle übereinstimmten. Für den Mord an den Polizisten hatten 13 Jugendbanden-Mitglieder vor Gericht gestanden, doch keiner von ihnen wurde wegen der Tat verurteilt.

Unklar bleibt auch, welche Rolle der Ex-Staatsanwalt Álvaro Matus innehatte, dem die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit* kürzlich der Konspiration, Behinderung der Justiz, Autoritätsmissbrauch und unterlassene Pflichterfüllung im Fall des im April 2008 ermordeten Polizei-Sonderermittlers Victor Rivera vorwarf. (¡Fijáte! 428)

Julio Arango tot

Guatemala, 09. März. In den frühen Morgenstunden des Sonntags verstarb Julio Arango Escobar bei einem Autounfall. Der 69jährige ehemalige Menschenrechtsprokurator kam offenbar bei hoher Geschwindigkeit von der Strasse ab. Als vierter Amtsinhaber nach Gonzalo Menéndez De la Riva, Ramiro De León Carpio und Jorge Mario García Laguardia stand Arango der PDH von 1997 bis 2002 vor. In dieser Funktion beteiligte er sich aktiv und erfolgreich an der Suche nach dem verschollenen "Diario Militar", in dem 183 Fälle von während des internen bewaffneten Konflikts verschwundenen Personen dokumentiert sind. Arango machte sich einen Namen, als er als intellektuelle Täter des Mordes an dem Politiker Alberto Fuentes Mohr den Ex-Präsidenten Romeo Lucas García, den ehemaligen Direktor der Nationalpolizei, Ex-Innenminister Donaldo Álvarez Ruiz und Ex-Geheimdienstchef Pedro García Arredondo verantwortlich machte. Auch äusserte er sich besorgt angesichts der schleppenden Ermittlungen im Mordfall an Bischof Juan José Gerardi. Kurz vor seiner Amtsübergabe an den aktuellen in zweiter Periode amtierenden Sergio Morales, denunzierte Arango als erster im Land drei katholische Priester, die mutmasslich zwei SeminaristInnen und zwei minderjährige Mädchen sexuell missbraucht haben.

Mit seinem Vorgänger García Laguardia war der ehemalige Richter am Obersten Gerichtshof zuletzt im Beirat der PDH tätig.

"Auf halbem Weg zum Himmel" kehrt zurück ins Land seiner Entstehung

Guatemala Stadt / Leipzig, 25. Feb.

In der guatemalteken Hauptstadt wurde anlässlich der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Veröffentlichung des Wahrheitsberichts "Guatemala - Nunca Más" der deutsche Kinodokumentarfilm "Auf halbem Weg zum Himmel" ("Medio Camino al Cielo"), gezeigt, als Beitrag zur Aufarbeitung des mehrere Jahrzehnte langen Bürgerkriegs. Die Vorführung fand grosse Resonanz. Zuvor waren die beiden Leipziger RegisseurInnen Andrea Lammers und Ulrich Miller in das Dorf "La Aurora 8 de Octubre" zurückkehrt und zeigten den Film seinen dortigen Protagonisten. Alfonso Hernández, eine der Hauptfiguren im Film, der jahrelang an die Fertigstellung des Filmes geglaubt hatte, konnte ihn selbst nicht mehr sehen - er nahm sich im Oktober letzten Jahres, einige Tage vor dem Jahrestag des Massakers, selbst das Leben.

"Auf halbem Weg zum Himmel" erzählt von einem von 600 Massakern, dem Massaker von Xamán, das im Oktober 1995 bereits während den Friedensverhandlungen begangen wurde. Die Gemeinde "La Aurora" ist ein Dorf im Departement Alta Verapaz, in dem sich Mitte der 1990er Jahre aus Mexiko zurückgekehrte ehemalige Flüchtlinge ansiedelten. Sie sollten am Aufbau der neuen, demokratischen und selbstverwalteten Gesellschaft mitarbeiten. Doch ein Jahr nach ihrer Rückkehr wurden sie bei einem Massaker erneut zum Opfer militärischer Gewalt. Die Gemeinde zog vor Gericht und erreichte den ersten Zivilprozess gegen Militärs in der Geschichte Guatemalas. Der Film zeigt den Zivilprozess vor dem Hintergrund des Alltagslebens im Dorf Aurora heute.

Bei der Präsentation in La Aurora war die Versammlungshalle überfüllt. Etwa ein Drittel der Erwachsenen des Dorfes war anwesend, so viele Menschen auf einmal, wie sie die RegisseurInnen hier noch nicht erlebt haben. Auch Miguel ist da, Alfonsos Sohn. Er sieht sich den Film zum dritten Mal an. Bleibt die ganze Zeit über, geht nur weg, als die Szene mit der Exhumierung des Kindes beginnt, sein Vater im Grab stehend, mit der Schaufel in der Hand.

"Wir sind ziemlich beeindruckt - innerhalb von ein paar Tagen hat wohl mehr als die Hälfte aller DorfbewohnerInnen den Film gesehen. Und wir sind froh und erleichtert, wie gut er aufgenommen wurde. Vor allem, weil der Film nicht nur für die Bildungsarbeit und das Selbstverständnis des Dorfes willkommen ist, sondern weil wir wohl zu einem gesellschaftlichen Heilungsprozess beitragen können", so Ulrich Miller.

Um den Film zu realisieren, waren die beiden RegisseurInnen über Jahre hinweg mehrmals im Dorf. Die Hartnäckigkeit der BewohnerInnen von La Aurora war dabei ein Ansporn für die eige-

ne Hartnäckigkeit, das Filmprojekt und damit den Fall und das Leben in La Aurora mehr als zwölf Jahre zu verfolgen.

Eine interne Vorführung gab es vor rund 120 SchülerInnen der Deutschen Schule. Weitere Präsentationen wird es u.a. als Open Air-Veranstaltung in der staatlichen Universität, USAC, geben, eingerahmt von Aktivitäten der ODHAG, dem Erzbischöflichen Menschenrechtsbüro. Die Einladung der katholischen Laienorganisation ACG in das Departement Quiché bildet den Auftakt für weitere Vorführungen des Films im ganzen Land. Die Filmreise wird von CAREAe.V.

und dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland unterstützt.

"Auf halbem Weg zum Himmel" ist eine Koproduktion von ZDF/ Das kleine Fernsehspiel und *pop tutu film* mit Förderung vom *Beauftragten für Kultur und Medien* (BKM) und *Evangelischem Entwicklungsdienst* (eed / EZEF).

Regisseurin Andrea Lammers wurde in Guatemala geboren, kehrte jedoch als Einjährige mit ihren Eltern nach Deutschland zurück. 1995-96 reiste sie als Menschenrechtsbeobachterin erneut nach Guatemala.

Zwei Jahre mehr CICIG?

Guatemala, 04. März. Präsident Colom kündigte an, die Vereinten Nationen um die Verlängerung des Mandats der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) um zwei weitere Jahre zu bitten. Diese Ansage machte Colom bei einem Treffens der *Egmont-Gruppe*, einem "Expert-Intenenteam", das gegen internationale Geldwäsche angeht. Im September läuft die Zeit der CICIG aus, "aber für die Regierung wäre es eine grosse Unterstützung, wenn Carlos Castresana an der Spitze der Kommission bleiben würde", so der Regierungschef.

Die Analystin Carmen Aída Ibarra von der *Myrna Mack-Stiftung*, rät, die Anklündigung als Zeichen des guten Willens und ebensolcher Intentionen zu verstehen, dass der Präsident auf die Unterstützung der UN zu zählen hofft.

Doch letztendlich werde es darauf ankommen, was die Kommission selbst am Ende für eine Bilanz aufstellt.

Castresana indes wirft den Ball der Verantwortung zurück und beschrieb in seinem Zwischenbericht vor den UN Ende Februar seinen Eindruck: "Wir scheinen vor einer enormen Aufgabe zu stehen, wir stehen vor Institutionen, die schwerst dysfunktional sind. Und daran etwas zu ändern, braucht mehr als zwei Jahre." Doch trotz der beobachteten Verkrustung des organisierten Verbrechens im Land ist er überzeugt: "Die Aufgabe ist möglich und trotz der riesigen Schwierigkeiten zu schaffen. In der nächsten Zeit müssen sowohl die beiden Vertragspartner als auch die Geldgebenden entscheiden, ob es sich lohnt, zwei weitere Jahre dranzuhängen."

Russisches Geschütz

Guatemala, 27. Feb. Die Regierung analysiert derzeit den Ankauf von Militärausrüstung russischen Fabrikats zum Preis von Naturalien wie Kaffee und Zucker, an denen die russische Regierung interessiert sei, so Vizepräsident Rafael Espada, der letzte Woche gemeinsam mit einigen Militärangehörigen den russischen Botschafter Nicolay Vladimir und den Militärattaché, Oberstleutnant Dimitry Babychuck, traf.

Die russische Delegation führte den guatemalteken Funktionären Dokumentarfilme vor über das Potential der Land-, Wasser- und Luftwaffen, die zur Auswahl stehen. Noch sei kein Vertrag unterzeichnet, aber es gebe ernsthafte Überlegungen über den möglichen Austausch, so Espada. Die Entscheidung läge jedoch beim Militär. Eingesetzt werden soll die Militärausrüstung im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den Schutz der Grenzen und - dieses Mal explizit: der Wege, die von den nicht-dokumentierten MigrantInnen ge-

nutzt werden.

Für Russland ist der Handel Waffen gegen Nahrungsmittel nicht neu, im Geschäft zwischen Guatemala und Russland sind derweil Mais, Bohnen und Reis als Wechsel ausgeschlossen.

Während der russische Botschafter die Bereitschaft seines Landes bekundet, Guatemala in der Stärkung von Militär und Polizei zu unterstützen - womit er indirekt auf die neue Rolle anspielt, die Russland in Sachen Militärindustrie derzeit in Lateinamerika spielt, erinnert der unabhängige Analyst und pensionierte Militär Mario Mérida an den Einfluss, den bislang die USA auf Guatemala beim Erwerb von Militärmaschinerie geübt hat. Guatemala habe schliesslich erst kürzlich das Abkommen über den Plan Mérida mit den USA unterzeichnet, mittels dem der Anti-Drogenkampf mit US-\$ 16 Mio. unterstützt werden soll. Entsprechend gut überlegt werden solle das Geschäft mit Russland, so Mérida.